

Bericht des Präsidenten der Bremischen Bürgerschaft**Jugend im Parlament 12. bis 16. November 2018**

Alle zwei Jahre organisiert die Bürgerschaftskanzlei das Planspiel „Jugend im Parlament“. Der diesjährige Durchgang war als 10. Veranstaltung ihrer Art eine Jubiläumsausgabe. Von den 84 angemeldeten Jugendlichen erschienen letztendlich 72, je zur Hälfte Jungen und Mädchen (je 36) im Alter von 14 bis 18 Jahren, wobei das Durchschnittsalter bei 16 Jahren und 4 Monaten lag. Dieses Mal waren 52 Bremerinnen/Bremer, 15 Bremerhavenerinnen/Bremerhavener und fünf Personen aus dem Umland dabei, die aus 14 Bremer und vier Bremerhavener Schulen kamen. Trotz entsprechender Einladungen gelang es nicht, Auszubildende einzubinden.

Erfreulich war, dass neben 6 Gymnasien mit 32 Teilnehmenden auch 12 Oberschulen oder Schulzentren mit 40 Teilnehmenden engagiert waren. Größere Gruppen kamen von der Gesamtschule West, vom Alten Gymnasium, von der Freien Evangelischen Bekenntnisschule Bremen und vom Lloyd Gymnasium Bremerhaven.

Umsorgt von Bankett, Reinigung und Sicherheit und begleitet von einer Mitarbeiterin und einem Praktikanten der Bürgerschaftskanzlei sowie neun studentischen Honorarkräften (5 männlich und 4 weiblich) arbeiteten die Jugendlichen in den vier Ausschüssen Bildung, Gesellschaft/Staat/Politik, Umwelt sowie Soziales an vorab per Online-Abstimmung selbst ausgewählten Themen mit dem Ziel, entsprechende Resolutionen auszuarbeiten, um sie den professionellen Bremer Politikerinnen/Politiker offiziell zu übergeben in der Hoffnung, mit ihren Anliegen und Anregungen Gehör zu finden und die Themen auf die politische Agenda des Landes zu befördern.

Rund 35 Vollzeitstunden opferten die Teilnehmenden in dieser Woche dieser Aufgabe und damit mehr Zeit, als sie für eine Schulwoche hätten aufwenden müssen. Die Ergebnisse der Ausschussarbeit wurden auch in diesem Jahr wieder einer Querprüfung durch vier Kommissionen unterzogen, die sich um die Aspekte Finanzen, Recht, Beteiligung und Bremen-Bezug kümmerten. Für die Arbeit in den Ausschüssen und Kommissionen standen den Jugendlichen zehn Experten aus Verwaltung und Verbänden zur Seite, denen an dieser Stelle ausdrücklicher Dank für ihre engagierte, unentgeltliche Unterstützung gebührt.

Die Ausschuss- und Kommissionsarbeit wurde unterbrochen von zwei Aktuellen Stunden zu den Themen „Digitalisierung an Bremer Schulen“ und „kostenloser öffentlicher Personennahverkehr in Bremen“, an denen sich Abgeordnete aller Fraktionen der Bremischen Bürgerschaft beteiligten, was von den Jugendlichen sehr geschätzt wurde. Insgesamt waren 14 Abgeordnete und eine Senatsvertreterin am Programm beteiligt. Die Debatte und Abstimmung der erarbeiteten Resolutionen war sehr spannend; mit teils knapper Mehrheit, die durch insgesamt drei Hammelsprünge ermittelt werden musste, wurden letztendlich alle Resolutionen von Jugend im Parlament 2018 angenommen. Die Abschlussdebatte mit Politikerinnen/Politiker aus Senat und Bürgerschaft verlief – wie schon die vorausgehenden Plenarveranstaltungen – auch

dank des charmant-strikten Jung-Präsidiums und eines neuen Meldeverfahrens, bewundernswert geordnet. Es entstanden insgesamt acht Resolutionen, davon eine aus 2016, die eine erneute Bestätigung erfuhr (Waffenexporte). Alle Veranstaltungsteile im Plenarsaal wurden von Radio WeserTV entweder aufgezeichnet oder direkt live gesendet. Sämtliche Videos sind im Internet auf vimeo (<https://vimeo.com/buergerschaft/videos>) abrufbar.

Zu Altbekanntem, wie dem Catering durch die Knasteria, kamen auch Neuerungen. Am ersten Veranstaltungstag bestand die Möglichkeit, sich an einem freiwilligen Rhetorik-Coaching zu beteiligen; außerdem besuchten die Teilnehmenden gemeinsam das Rathaus als Sitz der Exekutive und historisch-architektonische Besonderheit der Stadt. Die intensive Betreuung der Presseabteilung der Bremischen Bürgerschaft freute sowohl die Jugendlichen, die das täglich ausgegebene Extrablatt der Jugend im Parlament-Jungreporter begeistert lasen, als auch die externen Medien, die in verschiedenen Beiträgen in Bild- und Print-Formaten sehr positiv berichteten. Auch neu war der Markt der Demokratie-Möglichkeiten, der den Teilnehmenden und ihren Familien bei der Abschlussveranstaltung Gelegenheit bot, sich an Ständen über die Angebote politischer Jugendbeteiligung in Bremen zu informieren, sofern sie das hier begonnene Engagement fortführen möchten. Es stellten sich die Nacht der Jugend, das Programm Demokratisch Handeln, die Jungen Europäischen Föderalisten und der Europäische Bürgerdialog vor; die Landeszentrale für politische Bildung steuerte einen gut besuchten Büchertisch bei.

Über die Auswertung der Abschlussumfrage wurde eine Gesamtbewertung des Planspiels Jugend im Parlament mit der Note 2+ (1,83) ermittelt, wobei die Teilnehmenden die besten Bewertungen den Teamern (1,59), der Rathausführung (1,7) und dem Essen (1,75) erteilten. Bei der offenen Frage nach den persönlichen Highlights der Woche entfielen die meisten Nennungen auf

- das Debattieren im Plenarsaal, auch wenn eine rigidere Debattenordnung oder ein strengeres Durchgreifen des Präsidiums mehrfach gewünscht wurden,
- die Aktuelle Stunden – mit geteilten Meinungen zum Gewicht der Rolle der Politikerinnen/Politiker darin und dem Wunsch, Zwischenfragen künftig zu begrenzen,
- die Diskussionen und Zusammenarbeit in den Ausschüssen
- den direkten Austausch mit echten Politikerinnen/Politiker.

Dass das Ziel der Durchführung dieses Planspiels bei einer großen Mehrheit der Teilnehmenden erreicht werden konnte, nämlich die Demokratie als Lebensform zu stärken, das Interesse an Politik zu wecken und parlamentarische Abläufe transparent zu machen, lassen die rührenden und ermutigenden Kommentare der jungen Leute hoffen. Vielen war es ein Anliegen, sich herzlich zu bedanken und ihre Vorfreude auf das nächste Planspiel auszudrücken; es wurde gewünscht, solche Projekte mehr und öfter anzubieten, beispielsweise Jugend im Parlament jährlich durchzuführen – „I love JiP“ sei hier beispielhaft zitiert. Jemand schrieb, dass durch diese Erfahrung Verständnis für die Langsamkeit politischer Prozesse entwickelt wurde oder jemand anderes, dass das Interesse für Kommunalpolitik geweckt wurde.

In der bisherigen zeitlichen Logik wäre im Herbst 2020 wieder „Jugend im Parlament“ anzubieten. Das wird im Haus der Bürgerschaft wegen der Umbaumaßnahmen nicht möglich sein, ein anderer Ort bietet sich jedoch nicht an. Deshalb sollte das 11. Planspiel „Jugend im Parlament“ zeitlich verschoben, im Frühjahr 2021 organisiert werden.

Die Gesamtkosten einschließlich Honorarkräfte, Verpflegung, Material, Technik sowie Aufbau und Reinigung beliefen sich auf rund 10 500 Euro und wurden aus Mitteln der Bremischen Bürgerschaft finanziert.

Die Resolutionen von Jugend im Parlament 2018 sind als Anlage beigefügt und werden hiermit allen Mitgliedern der Bremischen Bürgerschaft zur Kenntnis

gebracht. Einzelne Initiativen der Fraktionen sind bereits in Vorbereitung. Es wird empfohlen, diesen Bericht mit Anlage ebenfalls dem Senat zur Kenntnis zu geben, so dass er über eine mögliche Befassung der Deputationen entscheiden kann.

Christian Weber

Präsident



2018

Resolutionen

Inhalt

Ausschuss Bildung	Digitalisierung an Schulen
	Lehrer*innenmangel im Land Bremen
Ausschuss Gesellschaft/Politik/Staat	Gegenmaßnahmen zum Rechtsradikalismus
	Schüler*innen aller Klassen politisiert euch!
Ausschuss Soziales	Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut
Ausschuss Umwelt	Vermeidung von Plastikmüll
	Grüne Infrastruktur
alle Ausschüsse gemeinsam	Waffenexport aus Bremen

Ausschuss Bildung
Digitalisierung an Schulen

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert ein fachliche Arbeit und Auseinandersetzung mit einem mit „itslearning“ vergleichbaren Onlineportal, in staatlicher Hand, ab der Sekundarstufe 1.
2. Jugend im Parlament fordert allgemeine Digitalisierung und Sanierungen, zum Beispiel einen ausreichenden WLAN-Zugang sowie Smartboards, an Schulen ab der Sekundarstufe 1. Außerdem fordert Jugend im Parlament, dass mögliche Lizenzen für bisher analog genutzte Lehrbücher in einer digitalen Version erworben werden sollen.
3. Jugend im Parlament fordert die Ersetzung analoger Lehrmaterialien durch digitale Alternativen, wie beispielsweise eine konstante Nutzung von Tablets ab den letzten beiden Jahren der Sekundarstufe 1.
4. Jugend im Parlament fordert Fort- beziehungsweise Weiterbildungen zum Thema Digitalisierung für amtierende Lehrkräfte und Studierende.

Problem:

Es herrscht im Bundesland Bremen ein signifikanter digitaler Rückstand, sowohl in den Bereichen der Hardware, als auch in der dazugehörigen Ausbildung der Lehrkräfte. Außerdem mangelt es an realistisch praktizierbaren Möglichkeiten um bereits entfallenden Unterricht zu kompensieren, obwohl die effizienten digitalen Medien mittlerweile zum Alltag gehören.

Resolution:

1. Um den zuvor genannten Rückstand entgegen zu wirken, fordert Jugend im Parlament die unmittelbar einzusetzende und durchzuführende Integration von Tablets oder Laptops in den Unterricht ab den letzten beiden Jahren der Sekundarstufe 1. Dabei sollte die Entscheidungsmöglichkeit bei den Schülerinnen/Schüler beziehungsweise Eltern, zwischen einem selber zu finanzierenden Kauf und einer Ausleihe gegen eine niedrige Gebühr, bestehen. Außerdem sollte die Möglichkeit existieren in eine Massenversicherung einzuzahlen für Eigen- und Fremdverschuldung. Die Kosten für Inhaberinnen/Inhaber des Bremen Pass werden vom Land Bremen übernommen.
2. Jugend im Parlament fordert die verpflichtende Einrichtung eines Accounts auf einer mit „itslearning“ vergleichbaren Plattform in staatlicher Hand ab der Sekundarstufe 1 für jede*n Schüler*in und jede amtierende Lehrkraft, um den Unterrichtsentfall mithilfe der Plattform auszugleichen, indem die abwesenden Lehrkräfte das vorgesehene Unterrichtsmaterial auf der Plattform hochladen. Somit würden die Unterrichtsstunden zwar ausfallen aber der Unterrichtsstoff nicht verfallen. Um dies zu ermöglichen fordert Jugend im Parlament die Einrichtung einer staatlichen Online- Plattform, die ähnliche Funktionen wie „itslearning“ aufweist.
3. Jugend im Parlament fordert, dass das Parlament dafür sorgt, dass die DSGVO eingehalten wird, oder dass Bremen eine eigene Webseite nach dem Vorbild von „itslearning“ aufbaut.
4. Um den Unterricht effizienter zu gestalten, fordert Jugend im Parlament eine Sanierung von Schulen, in der die Integration von Smartboards und WLAN-Zugängen eingebracht ist.
5. Jugend im Parlament fordert eine sich ständig regenerierende und aktualisierende Fort- und Weiterbildung der amtierenden und für die Digitalisierung relevanten Lehrkräfte für den ordnungsgemäßen Umgang mit digitalen Medien.
6. Hinzukommend wird von Jugend im Parlament gefordert, dass im Studium für zukünftige Lehrkräfte eine Ausbildung elementarer Grundkenntnisse mit dem Umgang von digitalen Medien in das Studium mit eingebracht wird.
7. Außerdem fordert Jugend im Parlament eine*n externe*n Digitalbeauftragte*n mit entsprechender Fachkompetenz. Diese*r sollte innerhalb der Schulzeit anwesend sein, um Hilfestellungen und Sanierungen an digitalen Lehrmitteln gewährleisten zu können. Solch ein*e

Digitalbeauftragte*r sollte aufgrund der Finanzierung aus einer externen Firma angestellt werden.

8. Abschließend fordert Jugend im Parlament an den Senat eine Kostenfolgenabschätzung innerhalb von drei Monaten.

Dies sind unsere Lösungsmaßnahmen für das Einbringen der digitalen Lehrmittel an Schulen, sowohl an staatlichen, als auch an privaten, um die Motivation der Schüler*innen zu steigern und den Bildungsstandards der heutigen Zeit gerecht zu werden.

Ausschuss Bildung
Lehrer*innenmangel im Land Bremen

Forderung:

1. Jugend im Parlament 2018 fordert den Lehrer*innenberuf finanziell attraktiver zu gestalten.
2. Jugend im Parlament 2018 fordert des Weiteren eine bessere Ausbildung für Seiteneinsteiger*innen und Referendare/Referendarinnen.
3. Außerdem fordert Jugend im Parlament 2018 eine härtere Haltung Bremens bezüglich des Kooperationsverbotes.

Problem:

Im Land Bremen besteht das schulübergreifende Problem des Lehrer*innenmangels. Wir empfinden diesen Zustand als nicht hinnehmbar, da dadurch die Qualität unserer schulischen Ausbildung eingeschränkt wird. Diese Einschränkungen äußern sich zum Beispiel in Unterrichtsentfall und nicht adäquat ausgebildeten Lehrkräften wie Seiteneinsteigenden und studentischen Hilfskräften (z. B. Stadtteilschule e. V.).

Resolution:

1. Um den Lehrer*innenberuf attraktiver zu gestalten, fordert Jugend im Parlament 2018, die Besoldung der Lehrer*innen über den Bundesschnitt anzuheben. Damit soll der wachsenden Nachfrage nach Lehrern*innen begegnet werden. Dies ist deshalb nötig, weil in der freien Wirtschaft deutlich höhere Gehälter gezahlt werden und der Lehrberuf wettbewerbsfähig sein muss. Des Weiteren muss Bremen auch im Vergleich mit anderen Bundesländern in Bezug auf die Besoldung wettbewerbsfähig sein.
2. Jugend im Parlament 2018 fordert, das Lehramtsstudium im Land Bremen attraktiver zu gestalten, indem die Studierenden die Möglichkeit der finanziellen Unterstützung im Studium erhalten. Im Gegenzug verpflichten sich die Studierenden daraufhin, drei Jahre nach Abschluss des Referendariats im Land Bremen als Lehrer*innen tätig zu sein.
3. Die Ausbildung der Seiteneinsteiger*innen und Referendare/Referendarinnen sollte einen größeren Praxisanteil beinhalten, um mehr Erfahrungen sammeln zu können.
4. Jugend im Parlament 2018 fordert, dass Seiteneinsteiger*innen und Referendare/Referendarinnen während ihrer Praxisarbeit häufiger geprüft werden und auch von den Schülern*innen Rückmeldungen erhalten. Diese Überprüfungen würden dazu beitragen, die Qualität des Unterrichts an Bremer Schulen sicherzustellen.
5. Um die oben genannten Punkte finanziell realisieren zu können, fordert Jugend im Parlament 2018 einen höheren Bildungshaushalt der dem Land Bremen zur Verfügung gestellt wird.
6. Außerdem fordert Jugend im Parlament 2018 ein entschiedeneres Eintreten Bremens gegen das Kooperationsverbot. Von der Abschaffung des Kooperationsverbotes erhofft sich der Bildungsausschuss von Jugend im Parlament 2018 weitere Finanzierungsmöglichkeiten für das Land Bremen.

Ausschuss Gesellschaft/Politik/Staat
Gegenmaßnahmen zum Rechtsradikalismus

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert, dass das Land Bremen effektive Maßnahmen gegen die Ursachen des Rechtsrucks ins Leben ruft: Das Land Bremen soll verbesserte integrative Maßnahmen für Geflüchtete und Migrant*innen durchführen.
2. Jugend im Parlament fordert, dass die Mittel für soziale Arbeit erhöht werden.

Problem:

Der Rechtsruck, also die Stärkung des Einflusses rechtsorientierter Parteien, ist in Deutschland wie auch in Bremen zurzeit allgegenwärtig. Eine teils rechtsradikale Partei sitzt derzeit als Oppositionsführung im Deutschen Bundestag. Diese Entwicklungen sind im historischen Kontext gesehen gefahrenbelastet. Sie können in der allgemeinen Gesellschaft zu Diskriminierung aller Art, Spaltungen, Gewalt o.ä. führen.

Gründe können unter anderem das Gefühl sein, von der Gesellschaft bzw. in der eigenen Armut im Stich gelassen zu sein.

Die genannten Probleme können nur durch Bekämpfung der Ursachen gelöst werden.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass an Schulen bessere politische Bildung an den Tag gelegt wird, die die Gefahren von Radikalismus aufzeigt.
2. Jugend im Parlament fordert eine schnellstmögliche Integration von Geflüchteten an Schulen. Diese sollen nahezu direkt, nicht erst nach ein bis zwei Jahren, parallel in Vor- und Regelklassen unterrichtet werden. Dieser Prozess soll dynamisch ablaufen, also zunächst in Fächern, die weniger Deutschkenntnisse voraussetzen, wie z.B. in musische Fächer oder Sport und nach und nach auch andere Fächer miteinschließen.
3. Jugend im Parlament fordert, dass Bremen sich klar gegen Diskriminierungen von Bewerber*innen einsetzt und anonymisierte Bewerbungen fördert. Außerdem soll das Land Bremen sämtliche Bewerbungen für den öffentlichen Dienst verpflichtend anonymisiert einfordern. Anonymisiert bedeutet in diesem Kontext, dass weder Name, Nationalität, Adresse, Geschlecht noch Foto in die Bewerbung mitaufgenommen werden.
4. Jugend im Parlament fordert, dass der Bremen-Pass (ehemalige Blaue Karte) nahezu alle entgeltlichen schulischen Ausgaben abdeckt. Dies beinhaltet innerhalb von zwei Jahren Klassen- bzw. Kursfahrten mit einem Budget von zusammen maximal 600€, monatlich maximal eine Exkursion und ein tägliches ausgewogenes Mittagessen. Außerdem soll die Schule auch Lehrmaterialien wie Stifte, Schreibpapier und Taschenrechner den Schüler*innen mit dem Bremen-Pass kostenfrei zur Verfügung stellen. Diese Maßnahme soll Leute mit wenigen finanziellen Mitteln davor schützen, ausgeschlossen zu werden.
5. Jugend im Parlament bittet den Senat, die folgenden Kosten von den Veränderungen des Bremen-Passes zu ermitteln.
6. Jugend im Parlament fordert, dass Sozialarbeit attraktiver gestaltet wird. Um eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten, erhalten alle pädagogischen Berufe (im öffentlichen Dienst) im gesetzlichen Rahmen die Chance, verbeamtet zu werden. Außerdem fordert Jugend im Parlament eine deutliche Erhöhung des Kindergelds für Teilnehmer*innen eines Freiwilligendienstes, die jünger als 21 Jahre alt sind.

Jugend im Parlament ist davon überzeugt, dass diese Lösungsmaßnahmen erste Ansätze zur Bekämpfung von Ursachen des Rechtsrucks darstellen und hofft, dass sie von der Bremischen Bürgerschaft in Betracht gezogen sowie durchgeführt werden.

Ausschuss Gesellschaft/Politik/Staat
Schüler*innen aller Klassen politisiert euch!

Forderung:

1. Jugend im Parlament verlangt die Förderung eines nachhaltigen politischen Interesses bei jungen Menschen durch die Schule, um eine freie Meinungsbildung zu gewährleisten.
2. Dies soll durch einen einmal pro Halbjahr stattfindenden Workshop-Tag bewerkstelligt werden. Diese interaktiven Workshops finden mit Beginn der Sekundarstufe 1 bis zum Ende der Schullaufbahn an allen Schulen im Bundesland Bremen statt. Die Workshops sind an allen allgemeinbildenden sowie Berufsschulen verpflichtend.

Problem:

1. In den letzten Jahren lässt sich ein zunehmendes Desinteresse bei jungen Menschen bezüglich der Politik feststellen. Bei der letzten Wahl zur Bremischen Bürgerschaft wurde mit 49% Nichtwählenden ein neuer Tiefstand bezüglich der Wahlbeteiligung verzeichnet. Vor allem junge Wahlberechtigte machen immer weniger Gebrauch von ihrem Wahlrecht. Auch abseits von diesem Wahllakt sinkt die politische Aktivität bei jungen Menschen.
2. Nur noch wenige von ihnen sind politisch motiviert und engagiert und so leichter zugänglich für populistische Inhalte.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass vor allem in der Zeit zwischen der fünften und der siebten Klasse der Schwerpunkt auf bestimmten Themen liegt. So sollen die jungen Schüler*innen spielerisch an die Grundsätze der Demokratie herangeführt werden. Des Weiteren sollen Schüler*innen durch systematische Beleuchtung anderer Herrschafts- und Regierungsformen an diese herangeführt werden.
2. Ab der achten Klasse soll der Fokus vermehrt auf dem parteipolitischen System liegen. Es sollen Vertreter*innen aller in fraktionsstärke in der Bürgerschaft vertretenen Parteien zu gleichen Teilen eingeladen werden, so dass sich die Schüler*innen kritisch mit ihnen auseinandersetzen können. Eine Möglichkeit diesen Diskurs umzusetzen, könnte in Form einer Podiumsdiskussion stattfinden, indem die Schüler*innen die Möglichkeit haben sich durch direkte Fragen an die Politiker*innen zu wenden.
3. Die Schüler*innen sollen durch eine möglichst große Diversität an Workshops und Meinungen die Möglichkeit zu einer freien Meinungsbildung bekommen. Die Auswahl der zusätzlichen Gruppierungen und/oder Experten*innen wird von der Schulleitung und der Schüler*innenvertretung bestimmt.
4. Jedoch muss darauf geachtet werden, dass die Workshops vorsätzlich als Informationsquelle für die Schüler*innen dienen und nicht als Werbeveranstaltung fungieren.
5. Die bereits existierenden Juniorwahlen bringen den Schüler*innen den Vorgang des Wählens näher und machen ihn verständlicher. Deswegen fordert Jugend im Parlament, dass jede Schule den Schüler*innen ab der Sek.1 die Möglichkeit für die Teilnahme ermöglicht.

Durch die hiermit genannten Forderungen sollen die Schüler*innen im Unterricht und während der Workshops ermutigt und angehalten werden, sich außerhalb der Schule für die Politik zu engagieren.

Ausschuss Soziales
Bekämpfung von Kinder- und Jugendarmut

Forderungen:

1. Jugend im Parlament fordert eine tatsächliche Lernmittelfreiheit im Land Bremen.
2. Jugend im Parlament fordert eine Ausweitung des Bremen Passes auf Bremerhaven.
3. Jugend im Parlament fordert eine Erweiterung des Programms für die Bezuschussung des Führerscheins für Einkommensschwache
4. Jugend im Parlament fordert eine Abschaffung der Zuverdienstgrenze.

2. Jugend im Parlament fordert eine signifikante Erhöhung des Mindestlohns.

Problem:

Im Bundesland Bremen sind ca. 9,5 % der Bevölkerung arbeitslos. Das hat zur Folge, dass mittlerweile jedes dritte Kind von Armut betroffen ist. Mit 65,3% sind besonders Alleinerziehende und ihre Kinder armutsgefährdet.

Da sich Armut über Generationen vererbt, ist es besonders wichtig gegen die Kinderarmut im Land Bremen vorzugehen. Wenn Kinder/Jugendliche aus der Armutsspirale heraus kommen, haben auch ihre Nachfahren Chancen für eine bessere Zukunft und Bildung. Wenn wir bei der Kinderarmut ansetzen, können wir auch die allgemeine Armut bekämpfen. Daher müssen alle Kinder, unabhängig vom Elternhaus, die gleichen Voraussetzungen haben.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, Chancengleichheit zu gewährleisten. Dafür braucht es eine tatsächliche Lernmittelfreiheit: Allen Schüler*innen werden alle benötigten Materialien wie Schreibblöcke, Arbeitshefte, Mappen, Ordner, Stifte, Taschenrechner usw. in normalen Mengen als Grundbedarf über das ganze Jahr zur Verfügung gestellt.
2. Jugend im Parlament fordert insbesondere von der Stadtverordnetenvertretung Bremerhaven, den Unterschieden zwischen Bremen und Bremerhaven entgegenzuwirken: Dazu soll der Bremen Pass für alle Berechtigten auch auf Bremerhaven ausgeweitet werden. Es muss die Aufgabe der Schulen sein, die Eltern auf diese Angebote aufmerksam zu machen.
3. Jugend im Parlament fordert, dass der Führerschein staatlich bezuschusst werden kann. Das gilt für Inhaber*innen des Bremen Passes oder Personen, denen die Finanzierung aus eigenen und elterlichen Mitteln nicht möglich ist. Beides gilt bis zu einem Alter von 25 Jahren. Zudem sollen Unternehmen, die einen Führerschein voraussetzen, dazu ermutigt werden, den Führerschein zu bezuschussen. In diesem Fall haben die Beschäftigten keinen Anspruch auf Zuschuss vom Staat. Ein Modell für diesen Zweck existiert bereits, reicht unserer Einschätzung nach aber nicht aus.
4. Jugend im Parlament fordert vom Bremer Senat eine Bundesratsinitiative einzubringen, um die Zuverdienstgrenze für Jugendliche abzuschaffen. Jugendliche sollen unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern einen Job auf 450€ Basis ausüben können, damit Gerechtigkeit und Chancengleichheit gewährleistet werden kann.
5. Jugend im Parlament fordert eine signifikante Erhöhung des Mindestlohns. Die bisher geplanten Erhöhungen reichen nicht aus, weswegen wir eine Bundesratsinitiative vom Bremer Senat fordern, mit der eine Erhöhung erreicht werden kann. Die Ursache für Kinderarmut ist die Armut der Eltern. Eine Stärkung der Eltern ist damit auch eine Stärkung der Kinder und der folgenden Generationen.
6. Finanzierungsvorschläge:
7. Wenn der Mindestlohn angehoben wird, fielen einige sog. „Aufstocker“, die Hartz IV beziehen weg. Außerdem wird das Arbeiten auf Mindestlohnbasis attraktiver, da man im Vergleich zu Hartz IV deutlich mehr Geld zur Verfügung hat. So gehen mehr Personen arbeiten und weniger Personen beziehen Hartz IV. Der Staat würde Geld einsparen, was wiederum in die geforderten Projekte investiert werden soll.

Zudem soll ein geringfügiger Betrag für Bildung aus dem Kindergeld gestrichen werden, um von diesem Betrag die Lernmittel in der Schule kostenlos zur Verfügung zu stellen. Auch hierzu ist eine Bundesratsinitiative vom Senat notwendig.

Junge Erwachsene haben eine bessere Chance auf dem Arbeitsmarkt, wenn sie einen Führerschein besitzen. Dadurch werden Sozialleistungen eingespart und der Staat hat Mehreinnahmen durch mehr Steuern von Arbeitnehmer*innen.

Ausschuss Umwelt

Vermeidung von Plastikmüll

Forderung:

1. Reduktion und Aufklärung von Plastik in unserer Gesellschaft
2. Alternative Verpackungsmaterialien und vereinfachtes Recycling
3. Reduktion von Einwegpfandflaschen, Mikroplastik und Verpackungsplastik

Problem:

Der Einsatz von Plastik ist heutzutage allgegenwärtig, beginnend im Supermarkt bis hin zu unserer Kosmetik. Nach dem ersten Nutzen wird das Material in seine Bestandteile zersetzt, wie z.B. in Mikroplastik. An dieses setzen sich Giftstoffe, die schädlich für Mensch, Tiere und andere Lebewesen sind. Nur ein sehr geringer Anteil des Plastiks wird wiederverwendet. Somit gelangt ein großer Teil in unsere Umwelt, darunter leiden die Weltmeere, Wälder und unzählige Lebewesen.

Diese Situationen sind Beispiele für die Umweltverschmutzung, die Plastik verursacht.

Heutzutage sind viel zu wenig Menschen über diese Problematiken informiert.

Durch eine Vielzahl von verschiedenen Kunststoffen ist der Recyclingvorgang extrem aufwendig und schwierig durchzuführen.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert, dass Wasser-Auffüllstationen in öffentlichen Einrichtungen, Restaurants, Bars und Hotels im Stadtgebiet Bremen und Bremerhaven eingerichtet werden. Diese sollen mit einem Förderprogramm einhergehen, welches eine Trinkwasserausgabe unterstützt.
 2. Jugend im Parlament fordert die Errichtung öffentlicher Mülleimer, die eine Mülltrennung ermöglichen.
 3. * Jugend im Parlament fordert eine Plastiksteuer, die alternative Verpackungsmaterialien wettbewerbsfähig macht.
 4. * Jugend im Parlament fordert eine allgemein gültige Einigung auf eine geringe Anzahl an Kunststoffen in der Verpackung. Die Unternehmen müssen sich auf einen verbesserten Weg des Recyclings einigen.
 5. * Jugend im Parlament fordert ein Verbot der Nutzung und Verarbeitung von Mikroplastik in Produkten, wie Kosmetika und die Ausdehnung des Begriffes auf Plastik in flüssiger Form, da dieses genau so schädlich ist, wie in fester Form.
 6. Jugend im Parlament fordert die finanzielle Ausweitung der Förderung des Gütertransportes auf Schienen, um den Reifenabrieb von Lastkraftwagen zu verringern.
 7. * Jugend im Parlament fordert die Aufwertung jeglicher Klärwerke dahingehend, dass ein zusätzliches Filtersystem errichtet wird, sodass Mikroplastik herausgefiltert wird.
 8. Jugend im Parlament fordert die Förderung von alternativen Verpackungsmaterialien, die biologisch abbaubar sind und deren Erforschung an Forschungsinstituten im Bundesland Bremen.
 9. Jugend im Parlament fordert eine Aufklärung an Schulen und Unternehmen über Plastik in Form einer kreativen Unterrichtseinheit/Aufklärungskampagne.
- * Die Bremer Landesregierung soll mit ihren Mitteln, zum Beispiel mit einer Bundesratsinitiative, dieser Forderung nachkommen.

Ausschuss Umwelt
Grüne Infrastruktur

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert eine Senkung des Schadstoffausstoßes und eine damit verbundene Verringerung der PKW-Dichte in den Innenstädten von Bremen und Bremerhaven.
2. Jugend im Parlament fordert bessere Alternativen zum Autofahren, um sich im Bundesland Bremen fortzubewegen.
3. Jugend im Parlament fordert eine sichere Umgebung für Fußgänger*innen und Fahrradfahrer*innen, um sich am Straßenverkehr zu beteiligen.

Problem:

Ein Problem von Bremen und Bremerhaven ist eine starke Umweltbelastung durch einen hohen Schadstoffausstoß, welcher von den vielen PKWs verursacht wird. Dieses Problem könnte durch eine stärkere Nutzung von alternativen Fortbewegungsmitteln, wie z. B. dem Fahrrad oder den öffentlichen Verkehrsmitteln verringert werden. Jedoch gibt es zu wenig gute Möglichkeiten, sich sicher als Fahrradfahrer*in im Straßenverkehr fortzubewegen. Es ist oftmals günstiger für Personen sich mit dem PKW statt mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fortzubewegen.

Resolution:

1. Jugend im Parlament fordert eine Vergünstigung der öffentlichen Verkehrsmittel.
 - Diese Vergünstigung soll durch die eingenommenen Gelder einer City-Maut gestützt werden (siehe Resolution 4).
2. Jugend im Parlament fordert, dass sich das Bundesland Bremen auf Bundesebene einsetzt, höhere Bußgelder für Verkehrsdelikte zu verhängen. Ferner soll das Bundesland Bremen dafür sorgen, dass Verkehrsdelikte in diesem Zusammenhang stärker verfolgt werden.
3. Jugend im Parlament fordert, dass sich Bremen für eine Änderung bezüglich der Höchstgeschwindigkeit (von 50 km/h auf 30 km/h), innerhalb der Innenstadt, auf Bundesebene einsetzt.
4. Jugend im Parlament fordert ein Pilotprojekt, das eine City-Maut in der Bremer Innenstadt einführen soll. Dieser Versuch soll sich nach der Fahrzeugklasse und der Anzahl an Insassen richten. Anwohner*innen und Arbeitnehmer*innen zahlen durch Registrierung weniger.
5. Jugend im Parlament fordert eine Abgrenzung von Straßen und Fahrradwegen durch deutlichere Markierungen, wenn diese nicht vorhanden sind.
6. Jugend im Parlament fordert, dass neue Fahrradwege eine Mindestbreite von 1,5 m haben. Wo möglich sollen bestehende Fahrradwege ausgebessert werden.
7. Sollte Resolution 6 nicht erfüllt werden können, fordert Jugend im Parlament, dass diese Straßen in Fahrradstraßen umgewandelt werden sollen.
8. Jugend im Parlament fordert die Förderung von zusätzlichen Leihfahrradstationen in Bremen und Bremerhaven, damit Personen die Möglichkeit bekommen spontan und flexibel mit dem Fahrrad zu fahren. Die Fahrradstationen sollen dabei direkt an Knotenpunkte angebunden werden. Außerdem soll dafür gesorgt werden, dass diese Systemen miteinander kompatibel sind.

alle Ausschüsse gemeinsam

Jugend im Parlament 2018 bekräftigt die Resolution zum Waffenexport aus Bremen von Jugend im Parlament 2016:

Forderung:

1. Jugend im Parlament fordert das Verbot von Waffenexporten in Krisengebiete und an Staaten, die die UN-Menschenrechtskonventionen nicht unterschrieben und/oder ratifiziert haben, auf deren Territorien ein bewaffneter Konflikt stattfindet oder die Kriegsparteien in einem bewaffneten Konflikt sind.
2. Jugend im Parlament fordert einen stärkeren Einsatz im Bundesrat für das Erreichen dieser Ziele.

Problem:

Jeden Tag werden tausende Kilogramm Munition aus Bremer Häfen in alle Welt verschifft. In Bremen haben mehrere große Waffenfirmen ihre Produktionssitze. Seit 2015 kommen hunderttausende Geflüchtete nach Deutschland und mehrere Tausende davon nach Bremen. Sie fliehen vor Krieg, Gewalt und Zerstörung. Kriege, die mit Waffen aus den USA, der EU und auch aus Deutschland geführt werden. Deutschland trägt damit eine Teilverantwortung für die Fluchtursachen.

Resolution:

Daher fordert Jugend im Parlament das Verbot sämtlicher Rüstungsexporte in Krisengebiete, an Staaten, die nicht die UN-Menschenrechtskonventionen unterschrieben und ratifiziert haben oder die Kriegspartei in einem bewaffneten Konflikt sind. Außerdem muss sichergestellt sein, dass diese Staaten die gelieferten Waffen nicht weiter verkaufen. Wird der Weiterverkauf festgestellt, werden alle Waffenexporte an dieses Land eingestellt und Sanktionen verhängt. Nur so können wir effizient und direkt Fluchtursachen bekämpfen.

Wir fordern, dass der Bremer Senat und die Bremische Bürgerschaft sich für die Erreichung dieser Ziele auf Bundes- und Europaebene einsetzen.